

Stärkung der politischen Bildung in allen Fächern des Berufskollegs – eine Einführung

Alle Lehrkräfte haben im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages die Aufgabe in ihrem Unterricht, unabhängig vom jeweiligen Fach, politisch bildend und demokratieerziehend tätig zu sein. Die Kultusministerkonferenz betont, da „das Erlernen und Erfahren von Demokratie eine Querschnittsaufgabe darstellt, sind alle Lehr- und Fachkräfte in ihrem Unterrichten und Handeln unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie verpflichtet“ (Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018)) (https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf).

Ebenso ist „[...] Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, vornehmstes Ziel der Erziehung. Die Jugend soll erzogen werden im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit.“ (Verfassung NRW Artikel 7) Auch das Schulgesetz NRW greift dieses Bildungs- und Erziehungsziele auf und führt in § 2 (6) detaillierter aus, dass dazu gehört die eigene Meinung zu vertreten und die anderer zu achten, in weltanschaulichen Fragen persönliche Entscheidungen zu treffen und Verständnis und Toleranz gegenüber den Entscheidungen anderer zu entwickeln sowie Menschen vorurteilsfrei zu begegnen, um sich für ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben einzusetzen und für die Demokratie einzutreten.

Die KMK verweist weiterhin darauf, dass die Institution Schule „die einzige gesellschaftliche Institution ist, in der es gelingen kann, alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Schule kommt daher als Ort der demokratischen Wissensvermittlung und gleichzeitig als demokratischer Erfahrungsraum eine hohe Verantwortung zu. Schule muss ein Ort sein, an dem demokratische und menschenrechtliche Werte und Normen gelebt, vorgelebt und gelernt werden“ (Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018)).

Der demokratische Erziehungsauftrag als tagesaktuelles Thema

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen gewinnt der Bildungsauftrag der gesetzlich verankerten politischen Bildung bzw. Demokratieerziehung an Schulen an Bedeutung. Die Zustimmungswerte zur Demokratie sinken. Begleitet wird diese Entwicklung durch eine Zunahme von Delikten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) gegenüber verschiedenen Gruppierungen: So wurden laut Bundesinnenministerium 2020 fast 9 % mehr Hasskriminalität begangen als im Vorjahr (BMI: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen vom 04. Mai 2021 als Download verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de>).

Auch im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist im Jahr 2020 eine Zunahme von Straftaten zu verzeichnen. Im Bereich "Sexuelle Orientierung" zum Beispiel wurden 578 Straftaten registriert, im Jahr 2021 sogar 870. Das bedeutet eine Steigerung in Höhe von 50,52 % zum Vorjahr. (<https://www.bmi.bund.de>).

In der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren gaben 2020 in einer Befragung 68 % der Frauen und 43 % der Männer an, in ihrer Biographie bereits sexistisch motivierte Übergriffe erlebt zu haben (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1075560/umfrage/betroffene-von-sexismus-in-deutschland-nach-altersgruppen/>).

Aber Verhaltensweisen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, beginnen schon lange vor strafrechtlich relevanten Handlungen. So stimmten 17 % im Jahre 2021 der Befragten ausländergefeindlichen Aussagen zu (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/562722/umfrage/entwicklung-der-auslaenderfeindlichkeit-in-deutschland/>). Im Jahre 2019 gaben 52% der Befragten an, dass sie den Islam als bedrohlich wahrnehmen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1171636/umfrage/umfrage-in-deutschland-zur-wahrnehmung-des-islams/>).

Prof. Dr. Sabine Achour führt dazu aus, dass etwas oft auf einer sehr niederschweligen Ebene passiere. Problematische sind nicht nur die offensichtlichen, gravierenden verfassungsfeindlichen Vorfälle wie Hakenkreuze an den Wänden, die auch strafrechtliche Relevanz besitzen, sondern bereits die antidemokratischen Situationen „im Kleinen“, also im alltäglichen Miteinander. Antidemokratische Herausforderungen sind bereits da, wenn Kinder und Jugendliche sich mit antisemitischen, rassistischen, sexistischen Bezeichnungen beschimpfen und insgesamt eine Diskursverschiebung nach rechts stattfindet, die von einer vermeintlichen Meinungsfreiheit gedeckt sein soll. (Prof. Dr. Sabine Achour 2022, <https://www.news4teachers.de/2022/11/wir-moechten-lehrkraefte-staerken-damit-sie-die-momente-erkennen-in-denen-es-gilt-demokratische-haltung-zu-zeigen/>).

Demokratieerziehung – aber wie?

Hier kann das Berufskolleg, in welchem in NRW mit über 500.000 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2020/21 ein Großteil der jungen Menschen erreicht werden kann, im Rahmen des demokratischen Erziehungsauftrages über den Politikunterricht hinaus intervenieren.

Die Bedeutung des Berufskollegs für die politische Bildung stellt Prof. Dr. Bettina Zurstrassen heraus. So sollten Schülerinnen und Schüler in berufsbildenden Schulen einen Raum bekommen, um Erfahrungen aus ihrem Alltag und vor allem auch der Arbeits- und Berufswelt gesellschaftlich analysieren, reflektieren und einordnen (Zurstrassen 2017, S. 139) zu können (vgl. Zurstrassen 2017). Die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Machtstrukturen in der Berufs- und Arbeitswelt, das Aufzeigen von Möglichkeiten politischer (kollektiver) Partizipationsmöglichkeiten bewertet sie als grundlegend für die Stärkung politischer Mündigkeit (ebd., S. 141). Sie appelliert an die Lehrkräfte, im Unterricht „die bestehenden Handlungsspielräume [zu] nutzen“ (ebd., S. 150), um die politische Bildung im Berufskolleg zu stärken (vgl. Zurstrassen 2017).

Lehrkräfte stellen sich die berechtigte Frage, wie die Prävention von und der Umgang mit Verstößen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung wie Diskriminierungen oder gruppenbezogener Vorurteile und Menschenfeindlichkeit z. B. hinsichtlich Antisemitismus, Antiziganismus, Ableismus (Diskriminierung von Menschen mit Behinderung), Islamfeindlichkeit, Rassismus, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität pädagogisch sinnvoll im Unterrichtsalltag aufbereitet und behandelt werden kann. Hier setzt das vorliegende

Material als ein Angebot für Lehrkräfte an, um im täglichen Unterricht, bei Projekten oder auch konkreten Vorfällen die Toleranz und den gegenseitigen Respekt der Schülerinnen und Schüler fördern zu können.

Auch machen Lehrkräfte die Erfahrung, dass es Vorfälle in und im Umfeld der Schule gibt, in denen Diskriminierung oder unangemessene Kommentare bis hin zum Mobbing auftreten. Soziale Vorurteile werden von Schülerinnen und Schülern zum Teil unreflektiert tradiert. Neben der erzieherischen Einwirkung auf die Schülerin oder den Schüler bzw. die Gruppe, die derartiges Verhalten zeigen, ist es präventiv besonders wirksam diese Haltung an verschiedenen Stellen (im täglichen Unterricht, in Projekten und in Einzelmaßnahmen) aufzuarbeiten und zu thematisieren.

Es geht immer wieder darum, die Regeln des Zusammenlebens auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu festigen und zu vertiefen und die eigenen Grenzen sowie die der anderen kennenzulernen und zu respektieren.

Handlungsfelder des demokratischen Erziehungsauftrags

Die hier verwendeten Begriffe bzw. Themenbereiche oder Handlungsfelder der politischen Bildung und Demokratieerziehung

- Diskriminierung, Radikalisierung und Extremismus
- Nachhaltigkeit
- Partizipation und (betriebliche) Mitbestimmung
- soziale Ungleichheit
- Globalisierung und Konfliktregulierung
- historisch-politische Bildung

sind alle miteinander verbunden und stehen im engen Zusammenhang, da sie gesellschaftliche Herausforderungen und Potenziale reflektieren. Sie erfordern ein breites Bewusstsein, Engagement und Bildung, um Probleme anzugehen, Lösungen zu finden und eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft zu gestalten.

Trotzdem werden sie hier zur Strukturierung und Akzentuierung als individuelle Konzepte mit unterschiedlichen Schwerpunkten – die im jeweiligen Abschnitt näher beleuchtet werden – aufgegriffen ohne dabei Anspruch auf abschließende Korrektheit und Allgemeingültigkeit zu besitzen.

Diskriminierung, Radikalisierung und Extremismus

Diskriminierung ist ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem, bei dem Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung oder anderer Merkmale unfair behandelt werden. Es führt zu Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Einschränkungen für die Betroffenen. Das Sensibilisieren von Schülerinnen und Schülern für das Thema Diskriminierung ist von großer Bedeutung, da es ihnen ermöglicht, ein Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Respekt zu entwickeln. Durch eine solche Sensibilisierung können Vorurteile abgebaut, Stereotypen hinterfragt und ein inklusives Umfeld geschaffen werden, in dem alle Menschen gleiche Chancen und Rechte haben. Indem Schülerinnen und Schüler lernen, Diskriminierung zu erkennen und aktiv dagegen einzutreten, können sie

zu einer positiven Veränderung in der Gesellschaft beitragen und eine Welt fördern, in der alle Menschen gleichwertig und respektvoll behandelt werden.

Radikalisierung und Extremismus sind besorgniserregende Phänomene, die eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellen. Radikalisierung bezieht sich auf den Prozess, bei dem eine Person extreme Überzeugungen und Ideologien annimmt, die zu gewalttätigem oder extremistischem Verhalten führen kann. Extremismus wiederum bezeichnet die Überzeugung und Praxis von Ideologien, die auf Intoleranz, Feindseligkeit und dem Wunsch nach Veränderung durch extreme Mittel beruhen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, Schülerinnen und Schüler für das Thema Radikalisierung und Extremismus zu sensibilisieren, da sie in ihrer Entwicklung und Orientierung gefährdet sind. Durch eine gezielte Sensibilisierung können sie lernen, radikale Denkmuster zu erkennen, kritisch zu hinterfragen und alternative Wege des Engagements und der Veränderung zu finden. Es ist wichtig, sie dabei zu unterstützen, ihre eigene Identität zu stärken, Toleranz und Respekt für Vielfalt zu entwickeln und Konflikte friedlich zu lösen.

Diskriminierung und Radikalisierung gibt es in allen Gesellschaftsbereichen, etwa in der Arbeits- und Berufswelt, an Schulen, in Vereinen. Das Unterstützungsmaterial basiert u.a. auf Erfahrungen von Lehrkräften im Schulalltag, die in der schulischen Praxis mit Queerfeindlichkeit, Fremdenhass, Antisemitismus, Sexismus und Ableismus konfrontiert werden. Im Unterrichtsmaterial wurde deshalb der Fokus auf diese Diskriminierungsfelder gelegt. Es ist dabei wichtig, alle Unterrichtenden mit in den Prozess einer demokratischen Erziehung und Bildung einzubeziehen, um potentielle akute Konflikte unmittelbar und ganzheitlich zu thematisieren.

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit spielt eine immer wichtigere Rolle in unserer Zeit und betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Es geht dabei um die Verantwortung für Umwelt, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist in der beruflichen Bildung von großer Bedeutung, unabhängig von der Fachrichtung. Durch die Vermittlung von Kenntnissen über ökologische und soziale Zusammenhänge sowie nachhaltige Handlungsmöglichkeiten werden Fachkräfte auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet.

BNE verfolgt – auch als Teilaspekt der Demokratieerziehung – das Ziel, den Lernenden ein umfassendes Verständnis für ökologische, soziale und ökonomische Zusammenhänge zu vermitteln. Sie sollen befähigt werden, nachhaltig zu handeln und zukunftsfähige Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Dazu gehört das Bewusstsein für den schonenden Umgang mit Ressourcen, den Klimaschutz, die soziale Gerechtigkeit und die Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise.

Die Integration von BNE in den fachlichen und fachübergreifenden Unterricht ist aus unterschiedlichen Gründen wichtig. Zum einen ermöglicht sie den Auszubildenden und Schülerinnen und Schülern, ihr Verständnis für Nachhaltigkeit zu vertiefen und ihr Handeln entspre-

chend auszurichten. Sie lernen, ökologische, ökonomische und soziale Aspekte in ihre Entscheidungsprozesse einzubeziehen und nachhaltige Lösungen in ihrem beruflichen Kontext zu entwickeln.

Des Weiteren eröffnet BNE den Lernenden neue Perspektiven und erweitert ihre Kompetenzen. Sie entwickeln ein kritisches Bewusstsein für gesellschaftliche Herausforderungen und lernen, diese mitzugestalten. Dabei werden nicht nur fachliche Fähigkeiten gefördert, sondern auch überfachliche Kompetenzen wie Problemlösungsfähigkeit, Teamarbeit, interkulturelle Sensibilität und kommunikative Fertigkeiten.

Ein weiterer Grund für die Integration von BNE in den Unterricht aller Fächer ist die gesellschaftliche Verantwortung. Fachkräfte von morgen werden in ihrem beruflichen Umfeld mit Nachhaltigkeitsfragen konfrontiert und tragen Verantwortung für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie können aktiv dazu beitragen, nachhaltige Veränderungen anzustoßen und innovative Lösungen zu entwickeln.

Partizipation und (betriebliche) Mitbestimmung

Partizipation und (betriebliche) Mitbestimmung sind zentrale Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft und spielen eine wichtige Rolle in der Bildung und im Arbeitsleben. Partizipation bezieht sich auf die aktive Beteiligung von Individuen an Entscheidungsprozessen und Handlungen, bei denen sie direkt oder indirekt betroffen sind. Betriebliche Mitbestimmung hingegen bezieht sich speziell auf die Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in betrieblichen Angelegenheiten und Entscheidungsprozessen.

In einem pädagogischen Kontext zielt die Förderung von Partizipation und Mitbestimmung darauf ab, Schülerinnen und Schülern die Kompetenz und das Verständnis zu vermitteln, um in demokratischen Prozessen aktiv mitzuwirken. Durch die Einbeziehung der Schülerschaft in Entscheidungsprozesse bzw. die Auseinandersetzung mit entsprechenden Lernsituationen werden sie ermutigt, ihre Meinungen, Ideen und Bedürfnisse auszudrücken und Verantwortung für ihr eigenes Lernen und ihre Umgebung zu übernehmen.

Die Förderung von Partizipation und Mitbestimmung trägt zur Entwicklung wichtiger Kompetenzen bei, die für das Privat- und Arbeitsleben von großer Bedeutung sind. Schülerinnen und Schüler lernen, wie sie ihre Stimme effektiv einsetzen, ihre Interessen vertreten, Konflikte konstruktiv lösen und in Teams zusammenarbeiten können. Diese Fähigkeiten sind nicht nur in beruflichen Kontexten, sondern auch im gesellschaftlichen Engagement und in demokratischen Prozessen von großer Relevanz.

In der beruflichen Bildung ist die Förderung von Partizipation und (betrieblicher) Mitbestimmung fachunabhängig besonders wichtig, da sie die zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Anforderungen einer modernen, zukunftsorientierten Arbeitswelt vorbereitet. Durch die Sensibilisierung für entsprechende Prozesse, in Kenntnis ihrer Möglichkeiten und mit Vertrauen in ihre bereits in der Schule erprobten Fähigkeiten können die Absolventinnen und Absolventen später aktiv zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Arbeitsklimas sowohl für sich selbst als auch für andere beitragen. Dies führt zu einer stärkeren Identifizierung

tifikation mit dem Unternehmen/dem Betrieb oder der Einrichtung sowie einer erhöhten Arbeitszufriedenheit und stärkt die demokratischen Werte und Normen über den Betrieb hinaus, fördert die aktive Teilhabe und erlaubt es solidarisch zu handeln. Dadurch können sie zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern werden, die aktiv zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Soziale Ungleichheit

Soziale Ungleichheit bezieht sich auf bestehende Unterschiede und Ungerechtigkeiten in Bezug auf soziale, wirtschaftliche oder politische Ressourcen und Chancen innerhalb einer Gesellschaft. Diese Ungleichheiten können sich in verschiedenen Bereichen manifestieren, wie zum Beispiel Einkommen, Bildung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Zugang zu Gesundheitsversorgung oder sozialer Status.

In der beruflichen Bildung ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler sich mit sozialer Ungleichheit auseinandersetzen, da sie später als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer vielfältigen und heterogenen Gesellschaft agieren werden.

Dabei sollten sie einerseits eine Sensibilisierung für gesellschaftliche Realitäten erfahren und lernen diese adäquat, differenziert und reflektiert zu kommunizieren. Durch die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit entwickeln Schülerinnen und Schüler ein Bewusstsein für die vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede, die in der Gesellschaft existieren. Sie erkennen, dass nicht alle Menschen die gleichen Chancen und Ressourcen haben und dass bestimmte Gruppen benachteiligt sein können. Sie können ihre eigene Biographie verorten und von anderen wertfrei abgrenzen.

Indem Schülerinnen und Schüler sich mit sozialer Ungleichheit auseinandersetzen, wird Empathie und Solidarität für Menschen, die unter Benachteiligung leiden, gefördert. Sie lernen, sich in die Lage anderer zu versetzen und entwickeln ein Verständnis für die Bedeutung von Gemeinschaft und sozialer Gerechtigkeit.

Die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit soll Schülerinnen und Schüler dazu motivieren, Verantwortung zu übernehmen und aktiv an der Gestaltung einer gerechteren Gesellschaft mitzuwirken. Sie erkennen, dass sie als zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, Ungleichheiten zu verringern und sozialen Wandel herbeizuführen.

Globalisierung und Konfliktregulierung

Globalisierung bezieht sich auf den Prozess der wachsenden Verflechtung und Integration von Ländern, Märkten, Kulturen und Menschen auf globaler Ebene. Sie wird durch den freien Fluss von Waren, Dienstleistungen, Informationen und Kapital über nationale Grenzen hinweg charakterisiert. Die Globalisierung hat zur Schaffung einer Situation geführt, in der Ereignisse und Entwicklungen in einem Teil der Welt Auswirkungen auf andere Teile haben können – besonders deutlich haben die Schülerinnen und Schüler dies am Beispiel des Angriffskrieges von Russland auf die Ukraine erlebt, der u.a. zu Preissteigerungen und Flüchtlingsströmen geführt hat. Als ein weiteres Beispiel wäre hier die Corona-Pandemie anzuführen.

ren, die schon vor dem Krieg in der Ukraine vor Augen geführt hat, wie sich Produktionsstopps und Lock-down-Bestimmungen in weit entfernten Ländern auf die heimischen Märkte auswirken können.

Wichtige Aspekte der Globalisierung sind Vernetzung, globale wirtschaftliche, kulturelle Zusammenhänge und Anpassungen wie auch die Konfliktregulierung. In einer globalisierten Welt treten Kontroversen häufig zwischen verschiedenen Ländern, Kulturen, Religionen oder wirtschaftlichen Interessen auf. Es ist daher von großer Bedeutung, Mechanismen zur Konfliktregulierung zu entwickeln, um Spannungen zu reduzieren und friedliche Lösungen zu finden.

Ein Ansatz zur Konfliktregulierung in der globalisierten Welt ist der Dialog und die Diplomatie. Durch den offenen Austausch von Ideen, Meinungen und Standpunkten können Konfliktparteien einen gemeinsamen Boden finden und nachhaltige Lösungen erarbeiten. Internationale Organisationen spielen dabei eine wichtige Rolle, indem sie als neutrale Vermittler auftreten und Konfliktregulierungsmechanismen bereitstellen.

Ein weiterer Ansatz besteht darin, wirtschaftliche Interdependenzen zu fördern. Durch Handelsbeziehungen, Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit können Länder ihre Abhängigkeit voneinander erhöhen. Diese gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen schaffen Anreize für friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit, da Konflikte zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen können, können aber auch neue Probleme (unwürdige Arbeitsbedingungen, Lohn-Dumping, Umweltverschmutzung, komplexe Lieferketten etc.) schaffen, die kritisch reflektiert werden müssen.

Historisch-politische Bildung

Historisch-politische Bildung ist von nicht unerheblicher Bedeutung, da sie den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, die Vergangenheit zu verstehen, die Gegenwart zu analysieren und die Zukunft mitzugestalten. Indem sie sich mit der Geschichte auseinandersetzen, lernen sie aus den Fehlern und Erfolgen vergangener Generationen und können unsere demokratische Gesellschaft weiterentwickeln.

Historisch-politische Bildung vermittelt Kenntnisse über politische Systeme, Ideologien, gesellschaftliche Entwicklungen und bedeutende historische Ereignisse. Sie ermöglicht es, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, kritisch zu denken und informierte Entscheidungen zu treffen. Durch den Blick auf historische Ereignisse wie Totalitarismus, Diktaturen oder Menschenrechtsverletzungen kann die Bedeutung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten erkannt werden.

Besonders in der heutigen Zeit ist historisch-politische Bildung von großer Relevanz. Wir leben in einer globalisierten Welt, in der politische und gesellschaftliche Veränderungen rasch voranschreiten. Es ist wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger die Komplexität der aktuellen politischen Landschaft verstehen und in der Lage sind, ihre Meinungen zu bilden und zu äußern.

Darüber hinaus hilft historisch-politische Bildung, Manipulation und Propaganda zu erkennen und kritisch zu hinterfragen. In Zeiten von Fake News und Desinformation ist es entscheidend, dass wir über die nötigen Fähigkeiten verfügen, um Informationen zu überprüfen und fundierte Urteile zu fällen.

Literaturverzeichnis:

Achour, Sabine (2022): „Wir möchten Lehrkräfte stärken – damit sie die Momente erkennen, in denen es gilt, demokratische Haltung zu zeigen“ <https://www.news4teachers.de/2022/11/wir-moechten-lehrkraefte-staerken-damit-sie-die-momente-erkennen-in-den-es-gilt-demokratische-haltung-zu-zeigen/>

Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018: Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf

BMI: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen vom 04. Mai 2021 <https://www.bmi.bund.de>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/562722/umfrage/entwicklung-der-auslaender-feindlichkeit-in-deutschland/>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1171636/umfrage/umfrage-in-deutschland-zur-wahrnehmung-des-islams/>).

Zurstrassen, Bettina (2017): Mündigkeit in der Arbeitswelt – politisches Lernen in der beruflichen Bildung. In: Greco, Sara Alfia/Lange, Dirk (Hrsg.): Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.